

Der Donauausbau – eine Chance für die Natur

Prof. Dr. Claus C. Berg

Die Nutzung von Flüssen spielte in der Entwicklung einer Kulturlandschaft eine große Rolle. Auch die Donau hat in den vergangenen Jahrhunderten für die Menschen, die an diesem europäischen Strom leben, große Bedeutung gewonnen. Dabei steht nicht nur ihre wirtschaftliche Funktion als Transportweg im Vordergrund sondern auch ihr Beitrag zu einer die Artenvielfalt in Fauna und Flora erhaltenden Umwelt. In Niederbayern möchte man daher den Fluss in seinen natürlichen Ufern großflächig erhalten. Die seit Jahren von Schifffahrt und Häfen geforderte Regulierung der Donau zwischen Straubing und Vilshofen wird verständlicherweise von vielen Menschen als ein Angriff auf ein letztes Stück erhaltungswürdiger Natur betrachtet. Aber die Donau ist auch hier schon lange kein frei fließendes Gewässer mehr. Schließlich sind Dämme und Uferbefestigungen sowie eine extensiv betriebene Landwirtschaft bis zur Ufernähe keine Indizien einer natürlich gebliebenen Donaulandschaft.

Der derzeitige Stand der Diskussion lässt befürchten, dass man sich zu einem Kompromiss durchringen wird, der nur als eine Verschlimmbesserung der bestehenden Situation aufgefasst werden kann. In dem Bemühen, die ärgsten Eingriffe in die Natur abzumildern, wird von vielen eine Lösung präferiert, in der durch Buhnen der Wasserstand angehoben wird. Das ist weder ökonomisch vertretbar noch ökologisch sinnvoll. Diese Lösung würde den Wasserstand der Donau nur um maximal 10 Zentimeter heben und die derzeitige Nutzung der Wasserstraße mit 145 Tagen im Jahr nur minimal vergrößern. Die EU würde für diese Variante ganz sicher keine Mittel bereitstellen, da die Kapazitätsziele, die dem Ausbaukonzept des Rhein-Main-Donau-Verkehrswegs zugrunde lagen, nicht entferntest erreicht würden. Zu leiden hätte darunter nicht nur die Binnenschifffahrt und die Binnenhäfen sondern auch die verladende Wirtschaft. Andererseits muss man sich fragen, wer in einer durch Buhnen verunstalteten Flusslandschaft einen ökologischen Gewinn sehen will. Ein ökologischer Anspruch, dem man in Zeiten der Klimaveränderung nur zustimmen kann, sollte schließlich die CO²-Reduzierung im Auge haben. Und ein Wasserweg mit größerer Abladetiefe hätte für Massengütertransporte erhebliche Vorteile der Straße gegenüber. Ein ökologischer Anspruch muss aber auch die Erhaltung der unwiederbringlichen Schönheit einer Flusslandschaft respektieren. Und eine buhnenbewehrte Flusslandschaft kann man wohl nicht als den Gipfel ästhetischer Landschaftsgestaltung bezeichnen.

Es gäbe in dieser Situation aber eine einmalige Chance, ein ökologisches Paradies zu verwirklichen und die wirtschaftliche Nutzung des Wasserwegs zu sichern. Dazu wäre das vorliegende Konzept des Donauausbaus mit einer Staustufe zu variieren. Denn nur mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Nutzung mit einem höheren Wasserstand wäre das milliardenschwere Projekt mit Mitteln der EU realisierbar. Entscheidend dabei wäre nur, dass die berechtigten Wünsche der Erhaltung einer schützenswerten Natur in vollem Umfange berücksichtigt würden. Die Donau müsste dazu in zwei parallele Verläufe aufgeteilt werden: Auf der einen Seite ein etwas weniger breiter Durchstich mit Staustufe, der der Großgüterschifffahrt eine um 40 cm größere Abladetiefe ermöglichte. Auf der anderen Seite ein 60 km frei fließender Verlauf des Flusses in einem Bereich, der dem ursprünglichen wesentlich breiteren Bett der Donau vor über zweihundert Jahren entspricht. Diese außerordentliche Ausdehnung einer natürlich gebliebenen Flusslandschaft mit hoher Artenvielfalt wäre ein europäisches Vorzeigeprojekt.

Man sollte zunächst prüfen, was gegen diesen Vorschlag spricht, bevor die seit dreißig Jahren streitenden Lager wieder dagegen polemisieren. Eines ist aber jetzt schon feststellbar: Die „Buhnenlösung“ wird auf Dauer niemanden befriedigen. Die berechtigten ökologischen Anliegen und die wirtschaftlich wünschbaren Vorschläge sind mit Kompromisslösungen nachhaltig nicht umsetzbar. Die Chance ist da, beide Anliegen zu verwirklichen. Was jetzt Not tut, ist ein runder Tisch unter der Leitung der Regierung von Niederbayern, damit Fachleute die Realisierbarkeit eines solchen Vorschlags prüfen.

Vorschläge liegen vor. Aber irgendwer muss das jetzt koordinieren, sonst vergehen weitere Jahre ebenso teuer wie nutzloser Gutachtertätigkeit. Eine unendliche Geschichte könnte noch vermieden werden, wenn sich die Niederbayern auf ihr Recht besinnen, die Entwicklung ihrer Heimat einmal selbst in die Hand zu nehmen.